

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 29.09.2016 zur Berichterstattung über den Krieg in Syrien

In ihrer Programmbeschwerde vom 29.09.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam erneut die angeblich tendenziöse Berichterstattung der „Tagesschau“ über den Krieg in Syrien. Sie werfen ARD-aktuell Einseitigkeit und Nachrichtenunterdrückung vor und bezeichnen die Redaktion als „transatlantische Tröte für proamerikanischen AgitProp“.

Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung:

In der „Tagesschau“ um 20 Uhr vom 28.09.2016 hieß es wörtlich:

US-Außenminister Kerry hat Russland mit einem Abbruch der Syrien-Gespräche gedroht, sollten die Angriffe auf die Stadt Aleppo weitergehen. Er telefonierte heute mit seinem russischen Kollegen Lawrow. Die syrische Luftwaffe hatte in den vergangenen Tagen mit russischer Unterstützung massive Luftangriffe auf den Osten Aleppos geflogen. Heute wurden nach Angabe einer Hilfsorganisation erneut zwei Krankenhäuser bombardiert.

Kerrys Sprecher Kirby hatte erklärt, die USA würden das bilaterale Engagement aussetzen, wenn Russland nicht unverzüglich dazu beitrage, dass der Angriff auf Aleppo beendet werde. Zu Warnungen des US-Außenministeriums, dass der Terror aus Syrien auf Russland überschwappen könnte, erklärte Kremlsprecher Peskow laut Interfax, Russland Sorge selbst für seine Sicherheit. Darüber berichteten wir zum Beispiel hier:

<http://www.tagesschau.de/ausland/syrien-russland-usa-109.html>

Die Beschwerdeführer interpretieren die Äußerungen Kirbys als „Attentatsdrohung“ und „angekündigten Völkerrechtsbruch“. Damit folgen sie der Sichtweise des russischen Außenstaatssekretärs Riabkow, der den USA vorgeworfen hatte, den Terrorismus zu unterstützen. Fakt ist, dass sich der Tonfall zwischen den USA und Russland in dem Konflikt verschärft hat. Dass die Äußerungen beider Seiten je nach Sichtweise interpretiert werden, liegt in der Natur der Dinge - die eine „Wahrheit“, die die Beschwerdeführer mit Bezug auf „Russia Today“ und „Sputniknews“ für sich in Anspruch nehmen, gibt es nach unserer Auffassung nicht. Wir bemühen uns stets, in der Berichterstattung die unterschiedlichen Sichtweisen in dem Konflikt darzustellen und vertreten nicht die Position einer Kriegspartei.

Das gilt auch für die Veröffentlichung des Wortlauts des Syrien-Abkommens zwischen Russland und den USA. Darin hieß es Agenturberichten zufolge unter anderem, dass Moskau und Washington „voll und ganz die Führungsrolle der Vereinten Nationen“ beim Bemühen um eine friedliche Regelung der Krise respektieren. Beide Länder wollten zudem die Bedingungen „für einen erfolgreichen Prozess zum politischen Übergang unter Führung der Syrer“ fördern. Russland forderte die USA in diesem Zusammenhang auf, die Verpflichtung zur Abgrenzung zur moderaten Opposition und zu Terroristen in Syrien zu erfüllen. Die Herren Klinkhammer und Bräutigam sind offensichtlich der Überzeugung, dass ausschließlich die USA und ihre Verbündeten für den Krieg in Syrien verantwortlich sind. Dieser Ansicht können wir uns nicht anschließen, es ist auch nicht unsere Aufgabe, in dem Konflikt Position zu beziehen, sondern möglichst differenziert darüber zu berichten. Dazu gehört auch, dass wir regelmäßig über die gegenseitigen Schuldzuweisungen der USA und Russlands berichten. Die Beschwerdeführer sind der Ansicht, dass die „Tagesschau“ die Veröffentlichung des Wortlauts des Syrien-Abkommens hätte melden müssen, da das zum Verständnis des Konfliktes beigetragen hätte. Wir teilen diese Ansicht nicht, da aus unserer Sicht dadurch keine neuen Fakten zu benennen gewesen wären. So haben wir, wie übrigens auch andere große Medienhäuser, nicht über die Veröffentlichung des Wortlauts berichtet.



Über den Luftangriff der Anti-IS-Koalition auf die syrische Armee und die darauf folgende Debatte über das Bombardement haben wir ausführlich berichtet. Nach unserem Kenntnisstand gibt es, anders als die Beschwerdeführer behaupten, keine Belege dafür, dass die USA mit dem IS zusammenarbeiten. Dabei handelt es sich lediglich um die Sichtweise der Regierung in Damaskus, die den Angriff der US-Luftwaffe auf Stellungen der syrischen Armee in einer Erklärung als Beweis dafür wertete, dass die USA und ihre Verbündeten die Terroristen unterstützten.

Ebenso wenig gibt es Belege für die angeblich von Saudi-Arabien geplante Lieferung von Boden-Luft-Raketen an die Rebellen. Wir möchten in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, dass sich unsere Berichterstattung möglichst an Fakten und nicht an Behauptungen und Verschwörungstheorien orientiert. Den wiederholten Vorwurf der Nachrichtenunterdrückung und propagandistischen Berichterstattung weisen wir zurück.



Dr. Kai Gniffke
20.10.2016